

# Besatzungsrechtliche Bedeutung der Grenzen Deutschlands zum 31. Dezember 1937

gelesen in:

<https://www.deutscher-reichsanzeiger.de/rgbl/besatzungsrechtliche-bedeutung-der-grenzen-deutschlands-zum-31-dezember-1937/>

## **„Deutschlands Grenzen, wie es am 31. Dezember 1937 bestand“**

**Deutsches Reich oder auch Deutschland in den Grenzen vom 31. Dezember 1937** ist eine **historische Fehldeutung** derer, denen bestimmte Gesetze, wie das Versailler Diktat und die SHAEF-Gesetze nicht vollumfänglich bekannt sind. Der 31. Dezember 1937 wurde erstmals auf der Außenministerkonferenz in Moskau 1943 als Stichtag zur Definition der deutschen Reichsgrenzen vor der territorialen Ausdehnung benannt. Im Londoner Protokoll von 1944, auf der Potsdamer Konferenz von 1945 sowie in mehreren darauf folgenden Rechtsakten bezogen sich die seinerzeitigen Siegermächte auf dieses Datum, um **„Deutschland als Ganzes“** in geografischer Hinsicht zum Stand **nach** dem ersten Weltkrieg zu erfassen.

**Die Grenzen vom 31. Dezember 1937 sind absolut identisch mit den Grenzen, die sich aus dem Versailler Diktat vom 28. Juni 1919** ergeben haben und durch die Vereinigten Staaten mit **Separatfrieden vom 25. August 1921** zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland vertraglich festgelegt wurde. Dieser Vertrag wurde als Gesetz am 20. Oktober 1921 durch den Reichsrat und den Reichstag der Weimarer „Zionisten“-Republik für das damals geteilte Deutschland (ohne Elsaß, Westpreußen, Posen usw.) in Kraft gesetzt.

**Einfach erklärt bedeutet die Anwendung der Grenzen vom 31. Dezember 1937, die Anerkennung des Versailler Diktates (1919) und des Separatfriedens aus den Jahren (1921).** Die Grenzen „31. Dezember 1937“ im *Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland* und „Groß-Berlin“ als ein Teil des *Bundes*, bestätigt, daß die *Bundesrepublik*

*Deutschland* nur eine Republik und Rechtsnachfolger der beiden fremdgesteuerten Staatsfragmente (WR und GDR) ist und nicht „Deutschland als Ganzes“, wie es vor dem Versailler Diktat bestanden hatte.

Von weltpolitischer Bedeutung ist folgendes. „Deutschland als Ganzes“ ist der deutsche Nationalstaat (Bundesgebiet) mit seinen Bundesstaaten in den Grenzen (1 Tag vor dem 1WK) vom 31. Juli 1914. Deutschland ist ein Teil des Deutschen Reiches, das sich mit der Verfassung vom 16. April 1871 im Sinne der **Deutschen Einheit** zu einem „ewigen Bund“ geeint hat.

***In Anbetracht der wahren Einheit Deutschlands (1871) bildete sich im Rechtskreis des Deutschen Reiches, erstmals der Nationalstaat Deutschland. Dies geht eindeutig auch aus dem Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz vom 22. Juli 1913 hervor. Siehe unter anderem auch das „Lied der Deutschen“.***

Die einzelnen Bundesstaaten, allen voran Preußen, sind gleichberechtigte Bundesglieder und werden nur vom Bundesrath vertreten, während die deutschen Völker vom Reichstag, den wahren Deutschen Parlament vertreten werden.

***Mit der Verfassungsänderung vom 28. Oktober 1918 wurde das Deutsche Reich eine parlamentarische Monarchie, in der das Bundespräsidium für Kriegserklärungen, Friedensverträge und andere Verträge mit fremden Staaten die Mitbestimmung des Parlamentes und des Bundesrathes benötigt.***

Das Bundespräsidium, stand damals dem König von Preußen zu (*nicht mehr und nicht weniger*), welcher den **Namen** „Deutscher Kaiser“ führt. Siehe hierzu die einzig wahre Verfassung die uns von dem Joch der Zionisten befreien wird:

<https://www.deutscher-reichsanzeiger.de/rgbl/reichsverfassung/>

**Schlüsselentscheidung zur Erfreijung und zum Weg in die Heimat**

Wer die *BRD* als souveränen Staat auf dem Grund und Boden des Deutschen Reiches anerkennt, erkennt die *BRD* als Rechtsnachfolger des Großdeutschen Reiches an, was mit der Feindstaatenklausel bewiesen wird. Er anerkennt damit die Alliierten Militärregierungsgesetze, das Reichskonkordat, die Weimarer „Zionisten“-Republik, das Versailler Diktat in allen seinen Facetten und Konsequenzen und den Dolchstoß deutscher Parteien gegen unsere Vorfahren und gegen das einzig wahre Deutsche Reich mit seinen institutionalisierten Organen.

Wer die *BRD* als souveränen Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches haben möchte, erkennt seine nationalstaatlichen- und reichsrechtlichen Rechte, sein Recht auf Heimat, Hab und Gut, Eigentum, Souveränität und Freiheit, ab. Dies zieht sich auch auf die alte *BRD* und ganz besonders auch auf die alte so auch neu *DDR*.

Es ist Sinnlos, die *BRD* zu verleugnen oder abzuerkennen, solange es an einem staatlichen Nachweis der betreffenden Person mangelt, die vom Deutschen Reich ausgestellt und beurkundet wurde. Siehe Artikel 4 der Deutschen Reichsverfassung:

<https://www.deutscher-reichsanzeiger.de/rgbl/reichsverfassung/#Artikel4>

Wer **Artikel 146** des Grundgesetzes anwendet, erklärt sich zum **Reichsbürger** und verweigert die Anerkennung der tatsächlichen Deutschen Reichsverfassung.

Preußen ist seit der Gründung des Deutschen Reiches (1871) nicht mehr in der Position, alleine über die Geschicke der Deutschen Nation zu bestimmen und hat sich wie jeder andere Bundesstaat (nun auch Deutschösterreich), den Entscheidungen der beiden gesetzgebenden Organen zu unterwerfen, siehe:

<https://www.deutscher-reichsanzeiger.de/rgbl/reichsverfassung/#Artikel4>

Einem Verstoß gegen die oberste Ordnung kann durch die Anwendung von Artikel 19 und Artikel 74 der Deutschen Reichsverfassung heilend abgeholfen werden.

**Preußen könnte sich gemäß seiner eigenen Gesetze (wenn es Preußen noch gäb), einen König erschaffen. Auch wenn sich dieser dann „Deutscher Kaiser“ nennen wollte, so kann er sich nicht auf einen Titel berufen, denn ein Name ist kein Titel, zusätzlich müßte das gesamte Deutsche Volk dem König von Preußen zustimmen, damit er sich Deutscher Kaiser nennen kann.**

**Abschließend: Die Grenzen vom 31. Dezember 1937 sind nicht die Grenzen Deutschlands vor dem 1.WK sondern die Grenzen des Versailler Diktates und haben für das Deutsche Reich, völkerrechtliche gesehen, keine Bedeutung.**

**Die erzwungenen Grenzen wurden zu keiner Zeit vom Bundespräsidium des Deutschen Reiches unter Zustimmung des Bundesraths und des Reichstags anerkannt.**

***Diese Grenzen (31. Dezember 1937 bzw. 28. Juni 1919) haben nur für die nichtstaatlichen Handelsorganisationen Weimarer Republik, Großdeutsche Reich, Vereinigtes Wirtschaftsgebiet, BRD alt und neu, DDR alt und neu, verbindliche Rechtskraft.***

Verantwortlich für die Korrektheit der Ausführungen zeichnet sich Erhard Lorenz im Amt als Staatssekretär des Innern. Geschehen am 23. März 2020, im Sinne der Wiederherstellung des Deutschen Reiches, das nur mit Besonnenheit, der absoluten Wahrheit und durch mutige, unbestechliche und ehrliche Reichs- und Staatsangehörige möglich sein wird. Das Deutsche Volk erwacht!

---

## [„Und immer wieder Versailles“ KenFM und Willy Wimmer bei den BUCHKOMPLIZEN](#)

<https://www.youtube.com/watch?v=tJQSFuXIHpA>

Noch nie war ein Deutscher Politiker so nah und deutlich an der Wahrheit, wie es Williy Wimmer in diesem Gespräch darstellt. Danke Herr Wimmer und auch KenFM!

Erkenntnis: Das Versailler Diktat war ein Vertrag der ungültig ist, darum muß alles an Deutschland zurückbezahlt werden, das in Folge dieses einseitigen Vertrages dem deutschen Volk abverlangt wurde. Darum ist es um so wichtiger, daß wir unsere Nationalstaat Deutschland wieder handlungsfähig einrichten, denn nur über diesen Nationalstaat wird es

uns möglich sein, den Schadenersatz einzufordern.

**Wie wahr wie wahr werter Willy und unseren tiefen Dank für diese klaren und beweisbaren Fakten. Das trifft dann aber auch auf deine ehemalige Regierung und auf Deine Partei zu!**

***Jede Bestrebung, diese zu verhindern ist eine feindliche und terroristische Bestrebung, darunter fallen die aktuellen Bundesstaat- und Freistaatorganisationen, die Staatenbündler, die Exilregierungen, Kommissarischen Reichsregierungen, die GG-146er, die Gemeindegründer, die Deutschlandsleugner, die Preußenverherrlicher gemäß 1850er Verfassung, die sich ernannten Königreiche und die Verfassungsgebende Versammlung. Die Genannten und einige mehr, praktizieren einen erneuten Dolchstoß.***

Das Versailler Dikat auch gehandelt als Versailler Friedensvertrag in seiner Abscheulichkeit zu lesen, können Sie in: <http://www.versailer-vertrag.de/vv-i.htm>

***Der Versailler Vertrag wies Deutschland, dem Deutschen Reich und seinen Verbündeten in [Artikel 231](#) die Alleinschuld am Ausbruch des Ersten Weltkriegs zu. Er sah große Gebietsabtretungen Deutschlands bzw. zeitweilige Gebietsbesetzungen, die Internationalisierung wichtiger deutscher Flüsse und den Verzicht auf alle Kolonien vor. Das Reich verlor auf diese Weise dauerhaft 13% seines vorherigen Gebietes und 10% seiner Bevölkerung. Die Gebietsverluste bedeuteten gleichermaßen eine Schwächung der deutschen Wirtschaft, denn wesentliche Rohstoffvorkommen und Produktionsstätten gingen verloren.***

***Weiterhin sah der Versailler Vertrag die Auslieferung von Kriegsverbrechern, die Auslieferung von Kriegsgefangenen und die temporäre Entmilitarisierung einiger deutscher Gebiete (z. B. Rheinland) vor. Die Stärke des deutschen Heeres wurde auf 100.000 Mann festgesetzt. Schwere Waffen waren den Truppen verboten.***

***Darüber hinaus belegte der Versailler Vertrag das Deutsche Reich mit enormen [Reparationszahlungen](#), die zum großen Teil auch durch***

**Sachleistungen zu begleichen waren. Er enthielt ferner die Satzung für den Völkerbund, ohne jedoch Deutschland in den Kreis der Mitglieder aufzunehmen.**

*(Speichert euch den Film ab so lange er veröffentlicht wird, denn wer weiß, ob diese sehr wichtige Erkenntnis wieder zum Schutz der Kapitalisten und Deutschlandfeinde gesichert wird.)*

---

## Chronologie und Erkenntnisse zur Erfreiung Deutschlands

### **Chronologie und Erkenntnisse zur Erfreiung von Täuschung, Lüge und Verrat in Bezug zu Deutschland als Ganzes.**

*Wichtige Fakten zur Vorgeschichte des Nationalstaat Deutschlands (Deutsches Reich)*

*(Erklärende Kommentare sind in der Farbe **GRÜN** geschrieben)*

Ein **Kurfürst** aus [ <https://de.wikipedia.org/wiki/Kurfürst> ] (*lateinisch* *princeps elector imperii* oder *elector*) war einer der ursprünglich sieben, später neun und zuletzt zehn ranghöchsten [Fürsten](#) des [Heiligen Römischen Reiches](#), denen seit dem 13. Jahrhundert das alleinige Recht zur [Wahl](#) des [römisch-deutschen Königs](#) zustand. Mit diesem Königstitel war traditionell der Anspruch auf die Krönung zum [römisch-deutschen Kaiser](#) durch den [Papst](#) verbunden.

1806 legte Kaiser [Franz II.](#) als Reaktion auf die Bildung des [Rheinbundes](#) die [Krone](#) des [Heiligen Römischen Reichs Deutscher Nation](#) nieder, das damit aufhörte zu bestehen. Damit verlor auch das Kurfürstenamt seine Funktion.

**Herzog** aus [ <https://de.wikipedia.org/wiki/Herzog> ] (*althochdeutsch* *herizogo*, ursprünglich Führer, Heerführer im Kriege) ist ein [Adelstitel](#). Mit der Zerschlagung des *Heiligen Römischen Reiches* zwischen 1801 und 1806 und der Herrschaft [Napoleons](#) über die deutschen Lande

erfolgte eine weitere Folge von Rangerhöhungen für anpassungsbereite deutsche Fürsten: Bisherige Herzöge wurden – wie der von Württemberg – erst zu Kurfürsten, dann zu Königen befördert, bisherige Fürsten – wie die diversen Linien von [Anhalt](#) – stiegen zu Herzögen auf. Nach dem Sieg über Napoleon führte 1815 der [Wiener Kongress](#) der Siegermächte zu einer weiteren, letzten Welle solcher Rangerhöhungen. Meist bedingt durch Verwandtschaft mit mächtigen Monarchen Europas, insbesondere mit dem russischen Kaiser oder dem König von [Preußen](#), stiegen in den deutschen Ländern einige bisherige Herzöge 1815 zu [Großherzögen](#) auf.

Regierende Herzöge in Deutschland (mit dem Prädikat [Hoheit](#)) waren zwischen 1815 und 1918: der Herzog von Braunschweig (Linie Wolfenbüttel bis 1884, Linie Hannover ab 1913); der Herzog von Anhalt (ab 1863, davor mehrere Teil-Herzogtümer); der nur bis 1866 regierende Herzog von [Nassau](#), der 1890 das souveräne Großherzogtum Luxemburg erbt; der bis 1864 als Herzog von [Schleswig](#), [Holstein](#) und [Lauenburg](#) regierende König von Dänemark (der in diesen drei Staaten vom König von Preußen abgelöst wurde, welcher zugleich Nassau annektierte) sowie die [wettinischen](#) Herzöge von [Sachsen-Coburg und Gotha](#) (bis 1826: [Sachsen-Coburg-Saalfeld](#)), [Sachsen-Meiningen](#) und [Sachsen-Altenburg](#).

**Preußen im 1700** Jahrhundert entnommen aus [ <https://www.preussenchronik.de> ]

Zitat: „Was hält nun die Welt wirklich von der Erhöhung des Herzogs von Preußen und Kurfürsten von Brandenburg zum König in Preußen? (König von Preußen darf er sich nicht nennen, denn noch gibt es Teile von Preußen unter polnischer Hoheit.) Aktuell haben wir die gleiche Situation wie 1700 und eine König von Preußen kann es aus diesem Grund nicht geben, solange Polen ein Teil des Königreich Preußen verwaltet.“

Weiter im Text, Zitat: „Europa erkennt das neue Königreich diplomatisch an. Zuerst König August II. von Polen Sachsen, dann, wie versprochen, der deutsche Kaiser, es folgen Dänemark, England, Russland, die Niederlande, die Schweiz, einige Kurfürsten usw. Die latenten Gegner Schweden, Frankreich und Spanien halten sich zurück aber ziehen später nach. Der Papst protestiert erfolglos. Bald gewöhnt man sich daran, von den Preußen und vom Königreich Preußen zu sprechen und meint damit das Ganze von Kleve bis Memel mit Brandenburg in der Mitte. Dem “ schiefen Fritz“ ist es gelungen, dem zerklüfteten kurmärkischen Besitz einen Namen zu geben, der alles zusammenhält. **Zu den**

**existierenden Königen gibt es einen Unterschied. Sie alle sind Regenten von gewachsenen Reichen. Der kleine König aber hat etwas geschaffen, was es bisher nicht gab, er hat sein Königreich gewissermaßen erfunden. Damit ist ihm ein genialer staatsmännischer Coup gelungen.“**

### **Preußische Annexionen 1866**

entnommen aus [ [https://de.wikipedia.org/wiki/Preu%C3%9Fische\\_Annexionen\\_1866](https://de.wikipedia.org/wiki/Preu%C3%9Fische_Annexionen_1866) ]

Die **preußischen Annexionen** fanden nach dem ausgefochtenen [Deutschen Krieg](#) vom Sommer 1866 statt. [Preußen](#) hatte gegen [Österreich](#) und dessen Verbündete gesiegt und die Auflösung des [Deutschen Bundes](#) erzwungen. Es annektierte am 1. Oktober 1866 vier seiner Kriegsgegner nördlich der [Mainlinie](#), die zu preußischen Provinzen bzw. Teilen von Provinzen wurden. Dies waren das [Königreich Hannover](#), das [Kurfürstentum Hessen](#) (Hessen-Kassel), das [Herzogtum Nassau](#) und die [Freie Stadt Frankfurt](#). Hinzu kamen kleinere Gebiete des [Königreichs Bayern](#) und des [Großherzogtums Hessen](#) (Hessen-Darmstadt).

Andere Kriegsgegner nördlich der Mainlinie blieben als Staaten erhalten. Sie mussten sich aber dem [Norddeutschen Bund](#) anschließen. Dabei handelt es sich um das [Königreich Sachsen](#), das [Herzogtum Sachsen-Meiningen](#) und das [Fürstentum Reuß älterer Linie](#).

Teilweise zählt man auch die Einverleibung der zuvor von [Dänemark](#) regierten Herzogtümer [Schleswig](#) und [Holstein](#) zu den preußischen Annexionen der Zeit. Diese beiden Herzogtümer waren keine Kriegsgegner gewesen, sondern von Preußen und Österreich gemeinsam verwaltet worden. Preußens Absicht, beide zu annektieren, war einer der Gründe für den Deutschen Krieg. 1867 wurde die preußische [Provinz Schleswig-Holstein](#) eingerichtet.

Bis zu den Annexionen war Preußen in eine Ost- und eine Westhälfte gespalten, zwischen denen vor allem Hannover und Hessen-Kassel lagen. Seit den Annexionen konnte man erstmals von [Köln](#) im Westen bis [Königsberg](#) im Osten reisen, ohne das preußische Staatsgebiet zu verlassen. Allgemein sicherte Preußen sich damit seine Vormacht im Norden Deutschlands, was auch die Gründung des [Norddeutschen Bundes](#) 1866/1867 erleichterte.

Die Bevölkerung in den betroffenen Gebieten wurde nicht gefragt. Manche Einwohner begrüßten die Annexion, teilweise wegen Unzufriedenheit mit der alten Herrschaft, teilweise als Beitrag zu einer künftigen deutschen Einheit. Andere lehnten die Annexion dauerhaft ab.



Die [antipreußische Partei in Hannover](#) war die langlebigste dieser Bewegungen und bestand bis ins 20. Jahrhundert. Im bisherigen Preußen selbst gab es eine breite Mehrheit für die Annexionen.

Das sind wenige der vielen Gründe, warum es wohl zu einem souveränen Preußen nicht mehr kommen wird und wenn der Fritz sich Anno 1701 über Alle Fürsten Europas stellen konnte, so könnte sich das wiederholen. So erinnere ich gerne an Peter Fitzeks Reich, den Thomas von Wedenland, Fürst Schittke, um einige zu nennen. Erstmals in der Geschichte Deutschland wird durch UNS, dem Deutschen Volk entschieden, ob es einen König der Preußen geben wird. Damals wie heute kann nicht eine Einzelperson selbst entscheiden, auch nicht durch Abstammung, denn dazu wird ein Volk benötigt, das diesen König anerkennt. Dies trifft auf den heutigen sogenannten Prinz Georg von Preußen ebenso zu wie zu einem Stefan Ratzeburg und weitere.

Reichsverweser aus [ [https://de.wikipedia.org/wiki/Reichsverweser\\_1848/1849](https://de.wikipedia.org/wiki/Reichsverweser_1848/1849) ]

1. im Heilig Römischen Reich bis 1806 Stellvertreter des Kaisers bei Vakanz (a) des Throns oder während seiner Abwesenheit
2. von der Frankfurter Nationalversammlung 1848 bis zur Kaiserwahl bestellter Inhaber der Zentralgewalt

**Reichsverweser** war 1848/49 der Titel des Oberhauptes der [Provisorischen Zentralgewalt](#), der ersten gesamtdeutschen Regierung. **Für eine Übergangszeit sollte der Reichsverweser, ein Amt, das auf die Reichsvikare im Heiligen Römischen Reich zurückgeht**, als eine Art Ersatz-Monarch die Funktion ausüben, die in einer [konstitutionellen Monarchie](#) dem Fürsten zustand. Der Reichsverweser ernannte laut [Zentralgewaltgesetz](#) vom 28. Juni 1848 die Reichsminister; Reichsverweser und Reichsminister bildeten zusammen die Zentralgewalt.

Einzigster Reichsverweser Deutschlands in dieser Zeit war [Erzherzog Johann](#) von Österreich, ein Onkel des österreichischen Kaisers. Die von Johann ernannten Minister waren fast bis zum Ende der Nationalversammlung (Mai bzw. Juni 1849) im Wesentlichen die Vertrauensleute der Nationalversammlung. Erst die beiden letzten Kabinette waren Minderheitenkabinette ohne parlamentarische Unterstützung. Am 20. Dezember 1849 endete die Reichsverweserschaft, als Johann die Befugnisse der Zentralgewalt einer [Bundeszentralkommission](#) übertrug.

Nach der [Märzrevolution](#) von 1848 schuf auch die [Frankfurter Nationalversammlung](#) für kurze Zeit das Amt des [Reichsverwesers](#). Die Nationalversammlung, schuf am 28. Juni 1848 aus eigener Machtvollkommenheit eine [Provisorische Zentralgewalt](#), die bis zur Verabschiedung einer [Reichsverfassung](#) und der Bestellung eines endgültigen [Staatsoberhauptes](#) die Leitung der [Exekutive](#) für ganz Deutschland übernehmen sollte. Als Haupt dieser provisorischen Zentralgewalt fungierte ein Reichsverweser – am Folgetag wurde Erzherzog [Johann von Österreich](#) in dieses Amt gewählt, das er so lange ausüben sollte, bis die Nationalversammlung einen Kaiser als endgültiges Staatsoberhaupt bestimmt hätte.

---

## **Erste entscheidende Fehlentscheidungen, entgegen der Reichsverfassung und den gültigen Gesetzen des Deutschen Reiches.**

Aus [ <https://de.wikipedia.org/wiki/Reichsverweser> ] Zitat: In den letzten Wochen des [Ersten Weltkriegs](#) häuften sich die Rufe, dass der [Deutsche Kaiser](#) und [preußische König Wilhelm II.](#) abdanken sollte. In dieser Zeit kam es zu Überlegungen des Beamten [Walter Simons](#) aus der Reichskanzlei, nach denen Wilhelm und der unbeliebte Kronprinz zurücktreten würden. Auf Reichsebene hätte man ein [verfassungsänderndes Gesetz](#) benötigt, um eine Reichsverweserschaft einzurichten. Wilhelm aber lehnte solche Pläne am 1. November 1918 ab, also zu einem Zeitpunkt, als eine freiwillig erscheinende [Abdankung](#) eventuell noch die Monarchie hätte retten können.

In einem Gespräch mit führenden Sozialdemokraten um [Friedrich Ebert](#) übertrug Max das Amt des Reichskanzlers an Ebert. Seine Berater hatten darauf gedrängt, dass Max als Reichsverweser die Befugnisse des Kaisers ausüben solle, um die Frage des Staatsoberhauptes bis zur Entscheidung durch eine Nationalversammlung offenzuhalten. Max hielt dies damals aber nicht mehr für realistisch.

**WICHTIG: Mit der durch Gewalt zerschlagenen parlamentarischen Monarchie, sind alle Entscheidungen die nicht im Sinne der Reichsverfassung geschahen, Verfassungshochverrat und Landesverrat, und im Sinne eines souveränen Nationalstaates nichtig.**

a) alle Reichsbeamten sind wegen praktiziertem Hochverrat keine Beamten und haben keine Entscheidungsgewalt. Siehe hierzu Artikel 18 der Reichsverfassung;

Zitat:

*„Der Kaiser ernennt die Reichsbeamten, läßt dieselben für das Reich vereidigen und verfügt erforderlichen Falles deren Entlassung. Den zu einem Reichsamte berufenen Beamten eines Bundesstaates stehen, sofern nicht vor ihrem Eintritt in den Reichsdienst im Wege der Reichsgesetzgebung etwas Anderes bestimmt ist, dem Reiche gegenüber diejenigen Rechte zu, welche ihnen in ihrem Heimathslande aus ihrer dienstlichen Stellung zugestanden hatten.“ Siehe hierzu: [ <https://www.verfassung-deutschland.de/#Artikel18> ]*

b) der Reichskanzler kann seinen Nachfolger NICHT selbst bestimmen. Das trifft auch auf die A.Hitler, G. Ebel und weitere sich seit 1985 ernannte Kanzler zu. Siehe hierzu Artikel 15 der Reichsverfassung; Zitat:

*„(Absatz 1) Der Vorsitz im Bundesrath und die Leitung der Geschäfte steht dem Reichskanzler zu, welcher vom Kaiser zu ernennen ist. (Absatz 3) Der Reichskanzler bedarf zu seiner Amtsführung des Vertrauens des Reichstags. (Absatz 5) Der Reichskanzler und seine Stellvertreter sind für ihre Amtsführung dem Bundesrath und dem Reichstag verantwortlich.“ Siehe hierzu: [ <https://www.verfassung-deutschland.de/#Artikel15> ]*

c) Verstoß gegen das damalige Stellvertretergesetz für den Reichskanzler, denn die damaligen Stellvertreter die durch den Kaiser ernannt wurden, wurden bei den Entscheidungen nicht berücksichtigt; Zitat:

*„2. Es kann ein Stellvertreter allgemein für den gesamten Umfang der Geschäfte und Obliegenheiten des Reichskanzlers ernannt*

**werden.“** **Siehe** **hierzu:** [ <https://www.deutscher-reichsanzeiger.de/rgbl/gesetz-betreffend-die-stellvertretung-des-reichskanzlers/> ]

**An dieser Stelle wurde auch ganz besonders die Exekutiv- und Legislativgewalt des Bundesrathes mißachtet; Zitat:** „Nach dem Modell des Norddeutschen Bundes (gegründet 1867) besaß der Bundesrath des Kaiserreichs von 1871 eine starke Stellung als oberstes Verfassungsorgan, war er doch Ausdruck des ewigen Bundes, als der das Reich gegründet worden war. **Faktisch war dieses Gremium der Träger der Bundessouveränität**, was sich darin äußerte, daß es nicht nur gleichberechtigt an der Legislative mitwirkte, sondern auch oberster Träger der **Bundesexekutive war.**“ Siehe hierzu: [ <https://www.bundesrath.de/> und [https://de.wikipedia.org/wiki/Bundesrat\\_\(Deutsches\\_Reich\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Bundesrat_(Deutsches_Reich)) ]

**Im Bewußtsein des Ersten Weltkrieges und den damit möglichen Folgen, wurde der Bundesrath wie folgend beschrieben ermächtigt; Zitat:** „Am 4. August 1914 stimmte der **Deutsche Reichstag**, das Parlament des **Deutschen Reiches**, dem **Kriegs-Ermächtigungsgesetz** zu (*Gesetz über die Ermächtigung des Bundesraths zu wirtschaftlichen Maßnahmen und über die Verlängerung der Fristen des Wechsel- und Scheckrechts im Falle kriegerischer Ereignisse*, RGBl. 1914, S. 327). Insgesamt kamen an diesem Tag 17 Kriegsgesetze zustande. Damit sollte der **Bundesrath** beziehungsweise die **Reichsleitung** zu den kriegsnotwendigen wirtschaftlichen Maßnahmen ermächtigt werden, zur „**Abhilfe wirtschaftlicher Schädigung**“. Ähnliche **Gesetze** gab es auch in den anderen kriegführenden **Staaten** während des **Ersten Weltkriegs.**“ Siehe hierzu: [ <https://de.wikipedia.org/wiki/Ermächtigungsgesetz> ] **Keines der betreffenden Gesetze wurde durch die beiden gesetzgebenden Verfassungsorgane außer Kraft gesetzt und gelten noch heute (2019) fort, denn ab dem 09. November 1918 fanden gemäß Verfassung keine Sitzungen des Reichstages und des Bundesrathes statt. Wichtig: Artikel 5 der Reichsverfassung; Zitat:** „**Die Reichsgesetzgebung wird ausgeübt durch den Bundesrath und den Reichstag. Die Übereinstimmung der Mehrheitsbeschlüsse beider Versammlungen ist zu einem Reichsgesetze erforderlich und ausreichend.**“

Siehe hierzu: [ <https://www.verfassung-deutschland.de/#Artikel5> ]

***Mit der Wiederbelebung des Bundesrathes, ab dem 29. Mai 2008 und der Proklamation des Reichstages am 23. Mai 2009, konnte nach 90 Jahren das Ahnenerbe angetreten werden.***

***WICHTIG: Die Bevollmächtigten des Bundesrathes benötigen keine Zustimmung oder Wahl durch das Volk, auch keine Zustimmung durch das Parlament. Es gibt auch keine Vorschrift welche Qualifikation der Bevollmächtigte mitbringt. Er hat seinen Bundesstaat zu vertreten und benötigt das Vertrauen des Staatsoberhauptes seines Heimatstaates. Artikel 6 der Verfassung, Zitat: „Der Bundesrath besteht aus den Vertretern der Mitglieder des Bundes, .....“ Die Artikel 7. 8. 9. 10. der Verfassung beschreiben die Rechte und Pflichten des Bundesrathes.***

Näheres finden Sie unter: [ <https://www.verfassung-deutschland.de/#Artikel6> ]

***Eine weiter sehr entscheidenden und stark blockierende Irreführung ist die Aussage, daß sich das Volk eine Verfassung geben muß. Diese Fehldeutung benutzen sehr viel fremdgesteuerten oder irregeleiteten Reichsbürgerbewegungen oder Verfassungsgebenden Versammlungen, um eine Einheit unter den Patrioten zu verhindern. Es steht auf keinem Blatt und in keiner Vorschrift, daß sich das Volk eine Verfassung geben muß, es heißt nur daß das Deutsche Volk eine Verfassung zu beschließen hat. Die einzige wahre und staatlich korrekt gegebene sowie durch das Parlament beschlossene Verfassung des Deutschen Reiches ist die Anno 1867 im Norddeutschen Bund angewandte und am 16. April 1871 im Deutschen Reich in Kraft gesetzte Verfassung. Was von den feindlich gesinnten Protagonisten benutzt wird, um die Einheit und***

***Freiheit Deutschlands so lange als möglich hinauszuzögern. Bedauerlicherweise neigt das deutsche Gemüt einer schön verpackten Lüge mehr Glauben zu schenken, als der Wahrheit die uns Erfreien würde.***

**ACHTUNG: Unsere Legitimation beruht nicht auf die Anerkennung der Alliierten, der BRD oder staatenloser Bürger, sondern durch Reichs- und Staatsangehörige, sowie durch die Anwendung der wahren Verfassung und der wahren Gesetze des souveränen Deutschlands bzw. des Deutschen Reiches. Einen anderen souveränen und zielführenden Weg gibt es nicht. Das Deutsche Volk kann sich nur als Reichs- und Staatsangehörig bezeichnen wenn es vom Deutschen Reiche die staatlichen Dokumente besitzt und im Personenstandsregister des Deutschen Reiches eingetragen ist.**

Näheres finden Sie unter: [ <https://www.deutscher-reichsanzeiger.de/rgbl/legitimation/> ]

und unter: [ <https://www.deutsche-reichsdruckerei.de/Dienst/voelkerrechtliche-legitimation/> ]

### **Die Epoche des Verfassungs- und Hochverrats am Deutschen Reich und seinen deutschen Völkern**

**Der durch die Revolution gebildete „Rat der Volksbeauftragten“ hat die Ermächtigung des Bundesrathes mit dem Gesetz Nr. 6534 vom 14. November 1918 verlängert bzw. die souveräne Stellung des Bundesrathes weiterhin aufrechterhalten; Zitat:**

***„§ 1 Der Bundesrat(h) wird ermächtigt, die ihm nach Gesetzen und Verordnungen des Reichs zustehenden Verwaltungsbefugnisse auch fernerhin auszuüben.“***

**Gesetz Nr. 6622 vom 28. Dezember 1918 Auch dieses Gesetz wurde zu keiner Zeit außer Kraft gesetzt, auch nicht durch die nachfolgende Weimarer Republik. Zitat:**

**„(Absatz 2) Demgegenüber wird ausdrücklich festgestellt, daß alle von dem Bundesrat(h)e, dem Reichskanzler, der Heeresverwaltung und den militärischen Befehlshabern innerhalb ihrer Zuständigkeit erlassenen kriegswirtschaftlichen Verordnungen, soweit nicht ihre Aufhebung seitens der zuständigen Stellen besonders verfügt ist, ihre Wirksamkeit in vollem Umfang behalten haben und daß auch in Zukunft die Regelung der Bewirtschaftung der in Frage kommenden Stoffe ausschließlich den in den Verordnungen genannten oder inzwischen an ihre Stelle getretenen Behörden vorbehalten ist.....“**

## **Weimarer Nationalversammlung [**

[https://de.wikipedia.org/wiki/Weimarer\\_Nationalversammlung](https://de.wikipedia.org/wiki/Weimarer_Nationalversammlung) ]

Die **Weimarer Nationalversammlung**, offiziell **verfassunggebende Deutsche Nationalversammlung**, war das **verfassunggebende Parlament** der **Weimarer Republik**. Es tagte vom 6. Februar 1919 bis zum 21. Mai 1920. Tagungsort war bis zum September 1919 **Weimar**, nicht die politisch aufgeheizte **Reichshauptstadt Berlin**. Eine Übersicht über alle Mitglieder der Versammlung gibt die [Liste der Mitglieder der Nationalversammlung von 1919](#).

**In dieser Nationalversammlung steckten die gleichen Geister (jüdische Zionisten) wie in der Frankfurter Nationalversammlung. Und 100 Jahre später, im Jahre 2019, agieren sie unter der Bezeichnung „Verfassungsgebende Versammlung“.**

**Man beachte Artikel 180 der Weimarer Verfassung; Zitat:**

**(Absatz 1) Bis zum Zusammentritt des ersten Reichstags gilt die Nationalversammlung als Reichstag.**

Siehe hierzu: [ <https://www.verfassung-deutschland.de/weimarer-verfassung/index.htm> ]

Diese Verfassung, die erst nach dem Versailler Diktat in Kraft gesetzt wurde (11. August 1919), hat sich nicht das deutsche Volk gegeben und beschlossen, sondern der Wolf „Nationalversammlung“ im Schafspelz des „Reichstags“, womit die Nichtigkeit dieser

Verfassung, schon durch Täuschung im Rechtsverkehr garantiert ist.

***WICHTIG: Reichsrechtlich, Völkerrechtlich und juristisch unbestritten ist die Tatsache, daß bis zum Inkrafttreten der Weimarer Verfassung (11. August 1919), die Reichsverfassung, Bismarksche Reichsverfassung oder Verfassung des Deutschen Reiches, noch in Kraft war. Womit alle vorherigen Handlungen nichtig sind.***

**Was geschah ab der Anwendung einer Weimarer Verfassung** auch deutsche Reichsverfassung genannt?

In Artikel 178 dieser Weimarer Verfassung heißt es; Zitat:

***(1) Die Verfassung des Deutschen Reichs vom 16. April 1871 und das Gesetz über die vorläufige Reichsgewalt vom 10. Februar 1919 sind aufgehoben. (2) Die übrigen Gesetze und Verordnungen des Reichs bleiben in Kraft, soweit ihnen diese Verfassung nicht entgegensteht.***

Das bedeutet, daß die übrigen Gesetze mit dem Geltungsbereich des Deutschen Reiches (Grenzen wie am 31. Juli 1914) in Kraft bleiben, womit auch die Verfassung des Deutschen Reiches in Kraft bleiben mußte. Der Grund dafür war zwingend, denn das Deutsche Volk mußte als Wirtsvolk der Zionisten und als Kriegsverlierer und Schuldner erhalten bleiben, um dieses in alle Ewigkeit ausplündern zu können. Damit dem deutschen Volk die Fremdverwaltung nicht auffiel haben die Drahtzieher durch deutsche Parteien, und deutsche Zionisten, allen voran die Sozialisten und Katholiken, eine Demokratie des Volkes (die Staatsgewalt geht vom Volk aus, siehe Artikel 1 WRV) vorgespielt und erstmals das Frauenwahlrecht eingeführt, obwohl mit dieser Verfassung die Finanzhoheit an die amerikanische FED übertragen wurde. Zusätzlich verbreitete man die Unwahrheit, daß der Kaiser das Volk im Stich gelassen hätte.



Unauffällig und mit der Täuschung von Freiheit und Demokratie, wurden durch diese Verfassung **alle Bundesstaaten aufgelöst**. Die Widerstände des alten Adels wurden mit großzügigen Abfindungen und Überlassungen niedergehalten und somit die Goldenen Zwanziger erschaffen, während das einfache Volk ausgeplündert, enteignet und gemordet wurde. An dieser Stelle muß erwähnt werden, daß der alte Adel, die Bundesfürsten und Königshäuser ihre hoheitlichen Rechte und ihr eigenes Staatsvolk verschachert haben. Das bestätigt auch den Artikel 109 der WRV; siehe <https://verfassung-deutschland.de/weimarer-verfassung/index.htm> Zitat:

***(2) Öffentlich-rechtliche Vorrechte oder Nachteile der Geburt oder des Standes sind aufzuheben. Adelsbezeichnungen gelten nur als Teil des Namens und dürfen nicht mehr verliehen werden. (4) Orden und Ehrenzeichen dürfen vom Staat nicht verliehen werden. (5) Kein Deutscher darf von einer ausländischen Regierung Titel oder Orden annehmen.***

**Bezüglich des Adels wurde folgendes Gleichstellungsgesetz Nr. 12 am 30.03.2017 in Kraft gesetzt; Zitat:**

***(Präambel) In Anbetracht dessen, daß der alte deutsche Adel ab 1919 finanziell, wirtschaftlich und gesellschaftlich zu jeder Zeit in der Lage gewesen sein mußte, die oktroyierten Fremdverwaltungen im Sinne der Gerechtigkeit der Wahrheit, der Menschlichkeit und der Pflicht gegenüber den deutschen Völkern zu verhindern oder aufzuheben, hat dieser alte deutsche Adel versagt. § 3. Absatz 2; Dem Präsidium des Bundes steht es zu, im Einklang mit dem „Bundesrath“, Personen neu in den Adelstand zu erheben, wenn edle Taten zum Wohle des Deutschen Volkes vorangegangen sind. § 5. Satz 1; Ausgenommen von dieser Aufhebung sind auch alle Adeligen, die mit ihrer Tatkraft und ihrem Vermögen der Wiederherstellung zur Handlungsfähigkeit Deutschlands und des Deutschen Reiches nachweislich und langfristig gedient haben.***

Siehe hierzu:

[  
<https://www.deutscher-reichsanzeiger.de/rgbl/rgbl-1703181-nr12-gesetz-gleichstellung-aller-rusta-angehoerigen/> ]

Auffällig ist in dieser Verfassung, daß es *keinen Geltungsbereich* gibt und daß die *Reichsfarben schwarz-rot-gold* sind, während die **Nationalflagge schwarz-weiß-rot als Handelsflagge** weitergeführt wurde. (Ein Schelm der böses dabei denkt, oder ein perfider Plan der Weltzionisten.) In Artikel 13 WRV *(1) Reichsrecht bricht Landesrecht*. Wer den Sinn dieses Artikels versteht, weiß wohin der Weg gehen wird, der mit Gründung dieser Fremdverwaltung schon festgelegt ist und 1933 mit dem **Führerstaat** zum Wohle der Hochfinanz und Großindustrie die nächste Stufe erreicht. An dieser Stelle nochmal ein Sprung in die Verfassung des Deutschen Reiches. Zitat:

***Artikel 2 Satz 1 „Innerhalb dieses Bundesgebietes übt das Reich das Recht der Gesetzgebung nach Maßgabe des Inhalts dieser Verfassung und mit der Wirkung aus, daß die Reichsgesetze den Landesgesetzen vorgehen.***

Zu finden unter: [ <https://verfassung-deutschland.de/#Artikel2> ] Diesbezüglich wird gemäß **Artikel 19** auch das Recht und die Pflicht eines Bundesstaates gesetzlich festgelegt. Zitat:

***„Wenn Bundesglieder ihre verfassungsmäßigen Bundespflichten nicht erfüllen, können sie dazu im Wege der Exekution angehalten werden. Diese Exekution ist vom Bundesrathe zu beschließen und vom Kaiser zu vollstrecken.“***

Zu finden unter: [ <https://verfassung-deutschland.de/#Artikel19> ]

Die Exekution hat reichsrechtlich nie stattgefunden, wurde aber durch Duldung und

Schweigen vollzogen. **Mit dem Gesetz betreffend der Wiederherstellung der Bundesstaaten, ist dies nun möglich, allerdings im Sinne des Deutschen Reiches und wenn die Vernunft des Deutschen Volkes es so möchte.** Siehe hierzu: [ <https://www.deutscher-reichsanzeiger.de/rgbl/rgbl-1801141-nr04-gesetz-betreffend-die-wiederherstellung-der-bundesstaaten/> ]

Dem **Versailler Diktat** müssen wir an dieser Stelle unsere besondere Aufmerksamkeit widmen, den das Zustandekommen dieses Werkes müssen wir verstehen, wenn wir wieder unsere Bismarcksche Verfassung, unsre bürgerlichen Rechte, Recht auf Eigentum, Recht auf Heimat bzw. das zurückhaben wollen, was uns Artikel 3 der betreffenden Verfassung garantiert. Siehe hierzu: [ <https://verfassung-deutschland.de/#Artikel3> ]

**Versailler Diktat** (auch „*Schanddiktat von Versailles*“) war ein während der [Weimarer Republik](#) geprägter politischer Kampfbegriff, mit dem vor allem [konservative](#), [deutschnationale](#), [völkische](#) und [rechtsextreme](#) Politiker gegen den 1919 geschlossenen [Friedensvertrag von Versailles](#) polemisierten. Neben der [Dolchstoßlegende](#) und der angeblichen Bedrohung durch das „[Weltjudentum](#)“ war er ein zentraler Bestandteil der [NS-Propaganda](#). gefunden unter: [https://de.wikipedia.org/wiki/Versailler\\_Diktat](https://de.wikipedia.org/wiki/Versailler_Diktat)

Der **Friedensvertrag von Versailles** (auch *Versailler Vertrag*, *Friede von Versailles*) wurde bei der [Pariser Friedenskonferenz 1919](#) im [Schloss von Versailles](#) von den Mächten der [Triple Entente](#) und ihren Verbündeten bis Mai 1919 ausgehandelt. Mit der Unterzeichnung des [Friedensvertrags](#) endete der [Erste Weltkrieg](#) auf der [völkerrechtlichen](#) Ebene. Sie war zugleich der Gründungsakt des [Völkerbunds](#).

Bereits am 11. November 1918 hatte der [Waffenstillstand von Compiègne](#) die Kampfhandlungen des Ersten Weltkriegs beendet, nicht aber den [Kriegszustand](#). Der Vertrag konstatierte die alleinige Verantwortung [Deutschlands](#) und seiner Verbündeten für den Ausbruch des Weltkriegs und verpflichtete es zu Gebietsabtretungen, Abrüstung und [Reparationszahlungen an die Siegermächte](#). Nach [ultimativer](#) Aufforderung unterzeichnete Deutschland am 28. Juni 1919 den Vertrag unter Protest im [Spiegelsaal von Versailles](#). Nach der [Ratifizierung](#) und dem Austausch der Urkunden trat er am 10. Januar 1920 in Kraft. Wegen seiner hart erscheinenden Bedingungen und der Art seines Zustandekommens wurde der Vertrag von der Mehrheit der Deutschen als [illegitimes](#) und [demütigendes Diktat](#)

empfunden.

Dieses Diktat ist zu finden unter: <http://www.documentarchiv.de/wr/vv.html>

**WICHTIG:** Dieser Vertrag wurde zu einem Zeitpunkt den Deutschen vorgelegt, an dem die „Tschecho-Slowakei“ und „Polen“ als Staat NICHT bestanden. Die Majorität der Unterzeichnerstaaten gegenüber Deutschland waren Dominions (Vasallen der Krone) und Freistaaten. Herrmann Müller und Dr. Bell, die den Vertrag für das neue Deutschland unterzeichneten waren keine Vertreter, oder staatlich anerkannte Beamten des Deutschen Reiches, auch noch nicht der Weimarer Republik. Sie konnten höchstens Vertreter der Räterepublik gewesen sein. Somit muß dieser Vertrag vor aller Welt (völkerrechtliche Grenzen vor dem Ersten Weltkrieg) als nichtig bewertet werden.

**Betrachten wir diesen Vertrag als völkerrechtlich anzuerkennenden und für das Deutsche Reich verbindlichen Friedensvertrag, dann gilt Artikel 11 der Verfassung des Deutschen Reiches;**

**Zitat:** „Das Präsidium des Bundes steht dem Könige von Preußen zu, welcher den Namen Deutscher Kaiser führt. Der Kaiser hat das Reich völkerrechtlich zu vertreten, im Namen des Reichs Krieg zu erklären und Frieden zu schließen, Bündnisse und andere Verträge mit fremden Staaten einzugehen, Gesandte zu beglaubigen und zu empfangen. Zur Erklärung des Krieges im Namen des Reichs ist die Zustimmung des Bundesraths und des Reichstags erforderlich. Friedensverträge sowie diejenigen Verträge mit fremden Staaten, welche sich auf Gegenstände der Reichsgesetzgebung beziehen, bedürfen der Zustimmung des Bundesraths und des Reichstags.“

**WICHTIG:** Zum Zeitpunkt der Unterzeichnung dieses „Friedensvertrages“, mußte diese Verfassung angewandt werden, wenn der Vertrag rechtskraft haben soll.

**In diesem Vertrag wurde das neu eingerichtete Deutschland (die Grenzen von 1919 und 1937 sind identisch) für alle Schäden und Reparationen verantwortlich gemacht. Das neue Deutschland ist allerdings nur teildentisch mit dem**

Deutschland als Ganzes. Dem neuen Deutschland, wie es heute noch nach dem Grundgesetze geführt wird, wurden alle Rechte auf Hab und Gut entzogen. So kann der aufmerksame Leser feststellen, daß nicht das deutsche Volk, das Deutsche Reich oder eines seiner Bundesstaaten etwas anerkennen oder auf etwas verzichten mußte, sondern Deutschland.

Artikel 118. Deutsche Recht und Interessen außerhalb Deutschlands; Zitat:

*„Außerhalb seiner Grenzen in Europa, wie sie durch den gegenwärtigen Vertrag festgesetzt sind, verzichtet Deutschland auf sämtliche Rechte, Ansprüche und Vorrechte auf und in bezug auf alle ihm oder seinen Verbündeten gehörenden Gebiete sowie auf alle Rechte, Ansprüche und Vorrechte, die ihm aus irgendwelchem Grunde den alliierten und assoziierten Mächten bislang zustanden. Deutschland verpflichtet sich bereits jetzt, Die Maßnahmen anzuerkennen und gutzuheißen, die von den alliierten und assoziierten Hauptmächten, gegebenenfalls im Einverständnis mit dritten Mächten, zur Regelung der sich aus der vorstehenden Bestimmung ergebenden Folgen getroffen sind oder noch werden. Insbesondere erklärt sich Deutschland mit den Bestimmungen der nachfolgenden, sich auf einige besondere Gegenstände beziehenden Artikel einverstanden.“* Oder Artikel 120; Zitat: *„Alle Rechte beweglicher und unbeweglicher Art, die in diesen Gebieten dem deutschen Reich oder irgendeinem deutschen Staate zustehen, gehen auf die Regierung über, unter deren behördliche Gewalt diese Gebiete treten, und zwar unter den in Artikel 257 Teil IX (Finanzielle Bestimmungen) des gegenwärtigen Vertrags festgesetzten Bedingungen. Streitigkeiten, die etwa hinsichtlich der Natur dieser Rechte entstehen, werden von den örtlichen Gerichten endgültig entschieden.“* Oder Artikel 231; Zitat: *„Die alliierten und assoziierten Regierungen erklären, und Deutschland erkennt an, daß Deutschland und seine Verbündeten als Urheber für alle Verluste und Schäden verantwortlich sind, die die alliierten und assoziierten Regierungen und ihre Staatsangehörigen infolge des ihnen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgezwungenen Krieges erlitten haben.“* Oder Artikel 434 von 440 Artikeln; Zitat: *Deutschland verpflichtet sich, die volle Geltung der Friedensverträge und Zusatzübereinkommen zwischen den alliierten und assoziierten Mächte und den Mächten, die an*

***Deutschlands Seite gekämpft haben, anzuerkennen, den Bestimmungen, die über die Gebiete der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie, die Königreichs Bulgarien und des osmanischen Reiches getroffen werden, zuzustimmen und die neuen Staaten in den Grenzen anzuerkennen, die auf diese Weise für sie festgesetzt werden.***

**Auf Grund der bis hierher bewiesenen Nichtigkeiten von Verträgen, Gesetzen, der Verfassungen und Verwaltungen, die illegal im Rechtskreis des Deutschen Reiches gewirkt haben, überspringen wir den Führerstaat und begeben uns, kurz in das Dritte Reich, bzw. das Großdeutsche Reich der Nationalzionisten, die im Deckmantel der Nationalsozialisten weltweit eine Blutbad sondergleichen angerichtet hatten und für den Holocaust an Deutschen Städten, besonders Dresden, verantwortlich sind.**

**Adolf Hitler als Vorsitzender der NSDAP und „Führer“ wurde durch den Reichspräsidenten der Weimarer Fremdverwaltungsrepublik (Paul von Hindenburg) am 30.1.1933, zum Reichskanzler ernannt. Damit begann die Epoche der Nationalzionisten, der Konzentrationslager und einer gigantischen Kriegsmaschine.**

Siehe hierzu: [

<https://www.dhm.de/lemo/rueckblick/30-januar-1933-hitler-wird-reichskanzler.html> ] Damit will ich aber nicht gesagt haben, daß Hitlerdeutschland den sogenannten Zweiten Weltkrieg verursacht hatte, sondern es waren genau die gleichen Geister die das Versailler Diktat und die Weimarer Republik erschaffen hatten. Im gleichen Jahr übernahm wieder der Vatikan durch das **Reichskonkordat** die verdeckte Macht über das deutsche Volk. Was staatsrechtlich ein Täuschung im Rechtsverkehr ist, denn der Führerstaat war nicht Rechtenachfolger des Deutschen Reiches. Somit ist dieser Vertrag **nichtig** und ein Verbrechen sondergleichen; Siehe hierzu: [ <https://de.wikipedia.org/wiki/Reichskonkordat> ]

Mit der Zerschlagung des Großdeutschen Reiches im Jahr 1945, somit dem Beenden eines Zweiten 30 jährigen Kriegs auf deutschem Boden, durch die Alliierten und der damit verbundenen gnadenlosen und unfassbaren Behandlung Deutscher Frauen, Männer und Kinder, begann eine Zeit schreckliche Gräueltaten gegen Menschen mit deutscher Abstammung. So ist bekannt, daß am 9. Mai 1945, die Wehrmacht, Marine und Luftwaffe

kapituliert hatten, die allerdings keine Kapitulation des Deutschen Reiches darstellt, sondern die Kapitulation von Söldnereinrichtungen. Unsere Aufmerksamkeit wollen wir allerdings auf Gesetze und Verordnungen der Alliierten und die UN lenken, die gemäß Satzung des Völkerbundes Rechtsnachfolger und auch Treuhänder in Bezug zu Deutschland in den Grenzen von 1919/1937 (noch heute) ist, was durch die Feindstaatenklausel der UN-Charta bestätigt wird. Siehe hierzu: [ <https://www.unric.org/de/charta> ]; In Folge Kapitel II, Artikel 53, Absatz (2) Zitat:

***Der Ausdruck "Feindstaat" in Absatz 1 bezeichnet jeden Staat, der während des Zweiten Weltkriegs Feind eines Unterzeichners dieser Charta war.***

Siehe hierzu: [ <https://www.unric.org/de/charta#kapitel2> ]; In Folge Kapitel XVII, Artikel 107 Zitat:

***Maßnahmen, welche die hierfür verantwortlichen Regierungen als Folge des Zweiten Weltkriegs in bezug auf einen Staat ergreifen oder genehmigen, der während dieses Krieges Feind eines Unterzeichnerstaats dieser Charta war, werden durch diese Charta weder außer Kraft gesetzt noch untersagt.***

Siehe hierzu: [ <https://www.unric.org/de/charta#kapitel17> ] Das **Treuhandsystem** ist in Kapitel XII beschrieben, siehe hierzu: [ <https://www.unric.org/de/charta#kapitel12> ] **Im Klartext gesagt: Alle Alliierte Militärregierungsgesetze und die SMAD-Befehle, gehen dieser Charta vor, womit auch die Wirkungslosigkeit der UN in Bezug zur Wiederherstellung Deutschlands als Ganzes, bewiesen ist.** Diese Charta wurde am 26. Juni 1945 unterzeichnet.

**Mit der Verordnung, Aufhebung des Kriegszustandes, wurde der Zeitpunkt für die Beendigung des Kriegszustandes, auf den 26. Juni 2011 bestimmt.** 97 Jahr nach Beginn des 1.WK, siehe hierzu: [

<https://www.deutscher-reichsanzeiger.de/rgbl/rgbl-1106013-nr09-verordnung-kriegszustand-ende/> ] ist dies die erste Friedensvertragliche Regelung durch den Souverän des Deutschen Reiches.

Weiter geht es mit dem neuen Deutschland gemäß Versailler Diktat.

**„Die Existenz ISRAELS steht im direkten Zusammenhang mit der Existenz der Bundesrepublik Deutschland“** (so die aktuelle BRD-Geschäftsführerin). Demzufolge merken wie uns, daß am 14. Mai 1948 ISRAEL durch die Weltzionisten gegründet wurde und am 23. Mai 1949 das Vereinigte Wirtschaftsgebiet mit dem Namen „Bundesrepublik Deutschland“ durch die Westmächte bzw. dem SHAEF-Militärbefehlshaber. Die als Deutsche Demokratische Republik bekannte marxistisch-sozialistische Diktatur eines Teiles Deutschlands wurde durch die Sowjets, bzw. des SMAD-Befehlshabers am 07. Oktober 1949 gegründet. Die Ostgebiete gehen wieder unter polnische Verwaltung, der obere Teil Ostpreußens mit Königsberg unter russischer Verwaltung. Elsaß bleibt bei Frankreich.

Mit dem Begriff „Friedensvertragliche Regelungen“ stellen wir fest, daß diese noch ausstehenden Handlungen zum Weltfrieden und zur Wiedervereinigung Deutschlands, nicht mit einem verbindlichen Friedensvertrag geschehen muß. Siehe hierzu, den Deutschlandvertrag vom 26. Mai 1952. Zu finden unter: [ [https://www.kas.de/c/document\\_library/get\\_file?uuid=16c6d3b1-7052-0e71-ecdb-6ddc19ca4be7&groupId=252038](https://www.kas.de/c/document_library/get_file?uuid=16c6d3b1-7052-0e71-ecdb-6ddc19ca4be7&groupId=252038) ] oder [ <http://www.verfassungen.de/be/wiedervereinigung50-3.htm> ] usw. Am besten nach diesem Begriff im Netz suchen.

## **Weitere Fakten zur Befreiung und Wiederherstellung der Einheit und Freiheit Deutschlands**

**Alle Gesetze inklusive der Weimarer Verfassung und das Grundgesetz sind für Reichs- und Staatsangehörige nichtig. Bei Anwendung gilt die freiwillige Anerkennung und damit verbundenen Entrechtung. Reichsrecht geht vor Landesrecht, die wahre Reichsverfassung wurde nie außer Kraft gesetzt, das Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz gilt nur mit der Anerkennung der Reichsverfassung.**

Die vorgenannte Aussage gilt auch für die Gesetze die ab 1933 in Folge (Führerstaat,



Großdeutsches Reich, BRD, DDR und das vereinigte Deutschland, bis heute) angewandt wurden, auch hier gilt die Freiwillige Gerichtsbarkeit und deren Folgen, durch Gesetze ohne Geltungsbereich und Behörden ohne staatliche Legitimation.

**Schwebend unwirksam Schuldverschreibungen:** Alle Schuldverschreibungen in Deutschland sind seit 1919 nichtig, ungültig und der daraus entstandene Schaden muß zurückgezahlt werden, wie es im Original BGB zu lesen ist. Zitat:

**§ 795. (1) Im Inland ausgestellte Schuldverschreibungen auf den Inhaber, in denen die Zahlung einer bestimmten Geldsumme versprochen wird, dürfen nur mit staatlicher Genehmigung in den Verkehr gebracht werden. (2) Die Genehmigung wird durch die Zentralbehörde des Bundesstaats erteilt, in dessen Gebiete der Aussteller seinen Wohnsitz oder seine gewerbliche Niederlassung hat. Die Erteilung der Genehmigung und die Bestimmungen, unter denen sie erfolgt, sollen durch den Deutschen Reichsanzeiger bekannt gemacht werden. (3) Eine ohne staatliche Genehmigung in den Verkehr gelangte Schuldverschreibung ist nichtig; der Aussteller hat dem Inhaber den durch die Ausgabe verursachten Schaden zu ersetzen. (4) Diese Vorschriften finden keine Anwendung auf Schuldverschreibungen, die von dem Reiche oder einem Bundesstaat ausgegeben werden.**

Zu finden unter: [

<https://www.deutscher-reichsanzeiger.de/rgbl/buergerliches-gesetzbuch-buch-2/> ]

**Die Reichs- und Staatsangehörigkeit kann nur über das Personenstandsregister Deutschland, in Verbindung mit dem Erwerb eines Dokumentes, das durch die einzig staatliche Reichsdruckerei erstellt werden muß, erworben werden. Voraussetzung ist die Annahme des RuStaG 1913 und der Verfassung des Deutschen Reiches mit seinen institutionalisierten Organen.**

**Die zu erfüllende Aufgabe des Deutschen Volkes wird wie folgt formuliert, Zitat:**

***„Das Deutsche Reich existiert fort, besitzt nach wie vor Rechtsfähigkeit, ist allerdings als Gesamtstaat mangels Organisation, insbesondere mangels institutionalisierter Organe selbst nicht handlungsfähig.“***

siehe hierzu die 13 Schritte unter: [ <https://www.uni-spik.de/studium/13schritte/folie13.htm> ]

siehe hierzu das Staatsvolk unter: [ <https://www.deutscher-reichsanzeiger.de/rubl/staatsvolk/> ]

das Staatsgebiet unter: [ <https://www.deutscher-reichsanzeiger.de/rubl/staatsgebiet/> ]

die Staatsordnung unter: [ <https://www.deutscher-reichsanzeiger.de/rubl/staatsordnung/> ]

**Die viel zitierte und sehr oft erwähnte Haager Landkriegsordnung gilt NICHT für die Staatenlosen der BRD, sie gilt nur für die Reichs- und Staatsangehörigen des Deutschen Reiches. Ein Anwendung ist mangels Reichsjustiz noch nicht möglich.**

**Werfen wir nochmal einen Blick in weitere internationale Gesetze, die uns tangieren und interessieren sollten.**

**SEHR WICHTIG: Es sei gesagt, daß es keine einziges Gesetz gibt, in dem die Grenzen Deutschland, z.B. die Grenzen 1937, durch die Alliierten oder Zionisten verbindlich festgelegt wurden und eingehalten werden müssen. Auch hier gilt, daß alles was sich schön anhört, einfach angenommen und weitergegeben wird, ohne sich die Mühe zu machen, solche Aussagen akribisch zu prüfen. Die richtige Formulierung die in allen dementsprechenden Gesetzen verwendet wurde, lautet;  
Zitat:**

***Der Ausdruck „Grenzen des „deutschen Reiches“ der in diesem Gesetz gebraucht wird, bedeutet die Grenzen wie sie am 31. Dezember 1937 bestanden haben.***

**Damit wird nicht ausgesagt, daß das Deutsche Reich in diesen Grenzen vollendet ist und auch zu sein hat, es wird damit nur bestätigt, daß sich die Besatzungsmächte nur auf diese Grenzen beziehen, aber nicht auf die Grenzen vom 31. Juli 1914 (vor dem Weltkrieg). Merke: Die Grenzen vom 31. Dezember 1937, sind exakt die Grenzen, die durch das Versailler Diktat erzwungen wurden. Die aber vom Deutschen Reich nie anerkannt wurden.**

Diesbezügliche verweise ich auf folgende Gesetze:

als Beispiel das Gesetz Nr. 161 der Militärregierung bezüglich der Grenzkontrolle unter:

[ [https://www.reichsamt.info/justizamt/vorlagen/SHAEF\\_Militaergesetze.pdf](https://www.reichsamt.info/justizamt/vorlagen/SHAEF_Militaergesetze.pdf) ]

und [

<https://www.deutscher-reichsanzeiger.de/rgbl/rgbl-1506181-nr13-gesetz-nichtigkeit-des-versailler-vertrages/> ]

und [

<https://www.deutscher-reichsanzeiger.de/rgbl/rgbl-1804161-nr11-drittes-bereinigungsgesetz-der-reichsgesetze/> ]

**Bewerten wir das Gesetz Nr. 52 der SHAEF-Gesetze positiv, so haben der Alliierte durch die Total-Beschlagnahme, allen Hab und Gutes der Bundesstaaten, des Deutschen Reiches und seiner deutschen Völker, dafür gesorgt, daß eine zu Folgen habende Rückabwicklung möglich wird.**

[ [https://www.reichsamt.info/justizamt/vorlagen/SHAEF\\_Militaergesetze.pdf](https://www.reichsamt.info/justizamt/vorlagen/SHAEF_Militaergesetze.pdf) ]

**Mit Gesetz Nr. 2 der SHAEF-Gesetze haben die Alliierten, die wahren Volks- und Staatsschädlingen offenbart und unter Militärgesetz gestellt.**

Das Potsdamer Protokoll vom 02. August 1945, das sich wie alle Gesetze nur auf das neue Deutschland bezieht, sagt im wesentlichen nur aus; Zitat:

***Es ist nicht die Absicht der Alliierten, das deutsche Volk zu vernichten oder zu versklaven. Die Alliierten wollen dem deutschen Volke die Möglichkeit geben, sich darauf vorzubereiten, sein Leben auf einer demokratischen und friedlichen Grundlage von neuem wiederaufzubauen. Wenn die eigenen Anstrengungen des deutschen Volkes unablässig auf die Erreichung dieses Zieles gerichtet sein werden, wird es ihm möglich sein, zu gegebener Zeit seinen Platz unter den freien und friedlichen Völkern der Welt einzunehmen.***

Der Deutschlandvertrag vom 26. Mai 1952, sagt im wesentlichen aus, Zitat:

***Art. 2. Im Hinblick auf die internationale Lage, die bisher die Wiedervereinigung Deutschlands und den Abschluß eines Friedensvertrags verhindert hat, behalten die Drei Mächte die bisher von ihnen ausgeübten oder innegehabten Rechte und Verantwortlichkeiten in bezug auf Berlin und auf Deutschland als Ganzes einschließlich der Wiedervereinigung Deutschlands und einer friedensvertraglichen Regelung.***

Der Überleitungsvertrag von 1954-1955, ist eindeutig **ein weiterer Dolchstoß gegen das Deutsche Volk**, Zitat:

***Neunter Teil: Artikel 1: (GEWISSE ANSPRÜCHE GEGEN FREMDE NATIONEN UND STAATSANGEHÖRIGE) Vorbehaltlich der Bestimmungen einer Friedensregelung mit Deutschland dürfen deutsche Staatsangehörige, die der Herrschaftsgewalt der Bundesrepublik unterliegen, gegen die Staaten, welche die Erklärung der Vereinten Nationen vom 1. Januar 1942 unterzeichnet haben oder ihr beigetreten sind oder mit Deutschland im***

**Kriegszustand waren oder in Artikel 5 des Fünften Teils dieses Vertrags genannt sind, sowie gegen deren Staatsangehörige keine Ansprüche irgendwelcher Art erheben wegen Maßnahmen, welche von den Regierungen dieser Staaten oder mit ihrer Ermächtigung in der Zeit zwischen dem 1. September 1939 und dem 5. Juni 1945 wegen des in Europa bestehenden Kriegszustandes getroffen worden sind; auch darf niemand derartige Ansprüche vor einem Gericht der Bundesrepublik geltend machen. ZEHNTER TEIL: Artikel 4 (AUSLÄNDISCHE INTERESSEN IN DEUTSCHLAND) Die Bundesrepublik bestätigt, daß nach deutschem Recht der Kriegszustand als solcher die vor Eintritt des Kriegszustandes durch Verträge oder andere Verpflichtungen begründeten Verbindlichkeiten zur Bezahlung von Geldschulden und die vor diesem Zeitpunkt erworbenen Rechte nicht berührt.**

Der Zwei-plus-Vier-Vertrag vom 12. September 1990, ist eindeutige eine abschließender Regelung in bezug zu Deutschland, wobei auch hier das vereinte Deutschland (BRD plus DDR ohne Berlin) gemeint ist. Juristisch und sachlich betrachtet ha man zwei aufgelöste Verwaltungseinheiten zu einer mathematischen NULL-NULL umgestaltet, die mit Inkrafttreten dieses Vertrages **endgültig** ist. Siehe Artikel 1, Zitat:

**„(1) .....Seine Außengrenzen werden die Grenzen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland sein und werden am Tage des Inkrafttretens dieses Vertrags endgültig sein. (3) Das vereinte Deutschland hat keinerlei Gebietsansprüche gegen andere Staaten und wird solche auch nicht in Zukunft erheben. (4) Die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik werden sicherstellen, daß die Verfassung des vereinten Deutschland keinerlei Bestimmungen enthalten wird, die mit diesen Prinzipien unvereinbar sind. Dies gilt dementsprechend für die Bestimmungen, die in der Präambel und in den Artikeln 23 Satz 2 und 146 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland niedergelegt sind.“**

Wie kann ein NULL-NULL Gebilde eine Souveränität haben, wenn die Besatzungsgesetze fortgelten? Darum müßte man bei Artikel 7 Absatz 2 das Lachen anfangen, wenn dieser

juristische Salto keine Auswirkung auf die Bevölkerung hätte, Zitat:

**„(2) Das vereinte Deutschland hat demgemäß volle Souveränität über seine inneren und äußeren Angelegenheiten.“**

**Dieser 2+4 Vertrag ist aus der Sicht des Deutschen Volkes eine eindeutiger Verstoß der Alliierten in bezug zu deren Verwaltungs- und Aufsichtspflicht.**

**Wir verstehen und fangen endlich an, unsere Aufgabe anzunehmen, denn dieser 2+4 Vertrag gilt nur für das Vereinte Deutschland und nicht für Deutschland als Ganzes. Zitat:**

**„Artikel 8 Satz 2 Die Ratifikation erfolgt auf deutscher Seite durch das vereinte Deutschland. Dieser Vertrag gilt daher für das vereinte Deutschland.“**

**Oder wollt auch ihr euch sagen lassen, daß Ihr Versager seit und nicht wußtet, was zu tun ist!**

Erstellt und veröffentlicht am 2. Mai des Jahres 2019, durch Erhard Lorenz, Staatssekretär des Innern.

---

## [Kommunismus – Ziehhkind der Hochfinanz!](#)

### **Kommunismus - Ziehhkind der Hochfinanz!**

(hier ist der Filmbeitrag, vom 23.02.2019, bei) [www.kla.tv/13906](http://www.kla.tv/13906)

### **10 Dinge, die die Weltgemeinschaft endlich einsehen sollte!**

1. Sowohl Kommunisten als auch Nicht-Kommunisten sollten endlich begreifen, dass der Kommunismus ein Ziehhkind der Hochfinanz ist. Der Kommunismus ging als reinste Erfindung

aus der Hochfinanz hervor. Er ist nichts anderes als ihr strategisches Schlaginstrument, mit dem sie ihren Hauptgegner, den feudalen Mittelstand, zerschmettern. Gutgläubige Kommunisten, also der sklavischer Bauernstand der Hochfinanz, verrichten unwissentlich deren Vernichtungskrieg. So wie aufrichtige Christen schon immer unwissend irgendwelchen Macht- und habgierigen Kirchenfürsten dienten, so dienten aufrichtige Kommunisten schon immer dem reinen Staatskapitalismus bzw. irgendwelchen Staatskapitalisten! Sowohl gutgläubige Christen als auch gutgläubige Kommunisten wurden daher schon immer als ahnungslose Opfer und Täter in einem missbraucht.

2. Sowohl Menschenrechtler als auch Nicht-Menschenrechtler sollten endlich begreifen, dass die am meisten hochgejubelten Menschenrechte einzig der strategischen Umerziehung der Menschheit und ihrer Versklavung unter das Diktat einer Hochfinanz-Elite dienen. Diese wollen im Namen der Menschenrechte und der sozialen Gerechtigkeit über den zuletzt allein verbleibenden wehrlosen Arbeiterstand herrschen. Kommunisten! Lasst Euch nicht weiter von diesen Global-Strategen instrumentalisieren und gegen den Mittelstand und die Religion verhetzen. Verbindet euch stattdessen mit diesen gegen die wahren Angreifer und Menschenfeinde! Sagt nicht weiter mit Mordechai Levi: »Alles, was dein ist, ist auch mein!« Sagt mit den wahren Religionen: »Alles, was mein ist, ist auch dein!«

3. Die Weltbevölkerung sollte endlich begreifen, dass ihre gegenwärtige politische Zwangsumerziehung haargenau den 5 wesentlichsten Forderungen des Kommunistischen Manifestes entsprechen. Geschaffen aber wurde dieses Kommunistische Manifest von den Hohepriestern einer neuen Geld-Religion: Mordechai Marx Levi – alias Karl Marx – und Friedrich Engels. Diese Geld-Religion wird durch den Staatskapitalismus verkörpert. Hier einmal zusammengefasst die fünf zentralsten Forderungen des Kommunistischen Manifestes von Karl Marx und Friedrich Engels: • Aufhebung des Privateigentums einschließlich aller Produktionsmittel • Aufhebung der Familie; an die Stelle der elterlichen und häuslichen Erziehung soll die gesellschaftliche Erziehung treten • Aufhebung der Nationalitäten zugunsten des Internationalismus • Abschaffung von Religion und Moral • Abschaffung jeder Monarchie im Namen der Demokratie

4. Die betrogene Weltbevölkerung sollte endlich begreifen, dass der Schrei nach Demokratie von Anfang an das Haupt-Lockmittel des kommunistisch getarnten Staatskapitalismus war. Der Schrei nach Demokratie bildete schon den ideologischen Schlachtruf der Hochfinanz-

Freimaurerei während ihrer französischen Revolution. Das gesamte kommunistische Konzept der Hochfinanz ist daher nichts als ein strategisches Programm zur Abschaffung aller altbewährten Gesellschaftsordnungen und Machtstrukturen.

5. Das Kommunistische Manifest zielt im Namen der Privatisierung auf die Abschaffung jedes Privateigentums ab.

6. Das Kommunistische Manifest zielt im Namen der Demokratie auf die Abschaffung aller nationalen Rechte ab.

7. Das Kommunistische Manifest zielt im Namen des Familien- und Kinderschutzes auf die Abschaffung der Familie – und vielerlei mehr.

8. Zusammengefasst trachtet ein Geheimbund, sprich eine seit über 100 Jahren hinterhältig wirkende luziferische Sekte, nach ihrer Eine-Welt-Regierung, ihrer Eine-Welt-Religion und -Moral – und dies dreister Weise im Namen der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit.

9. Will die Weltgemeinschaft samt den aufrichtigen Kommunisten weiterhin die Vergesellschaftung ihres Besitzes, ihres Bodens, ihrer Güter und Produktionsmittel durch dieses trojanische System der Hochfinanz tolerieren, dann möge sie Letzteres weiterhin ungestraft bestehen lassen. Will die Weltgemeinschaft samt den aufrichtigen Kommunisten weiterhin diesen Globalstrategen dienen und deren innerstaatliche Erziehung weiterhin mit der Auflösung der traditionellen Familie und der Geschlechter bezahlen, dann möge sie weiterhin gegen schuldlose Parteien statt gegen die wahren Urheber der Spaltung streiten. Will die Weltgemeinschaft weiterhin die Auflösung ihrer eigenen Souveränität tolerieren, dann akzeptiere sie weiterhin ihre Landes- und Staatsverräter, sprich Hochfinanz-Verschwörer, samt ihren blindwütigen Vasallen. Will die Weltgemeinschaft weiterhin die Zerstörung jedes Gottes-Glaubens und jeder Moral durch eine staatlich verordnete Religion, Moral und Ethik ersetzen, dann lasse sie sich weiterhin durch die hochkapitalistisch-kommunistischen Umstürzler ausplündern:

10. Kurzum: will die Weltgemeinschaft zu guter Letzt jede Autarkie gegen eine Eine-Welt-Regierung einer kommunistisch getarnten Hochfinanz-Sekte eintauschen, dann lasse sie sich weiterhin von diesem alles versklavenden, heimtückischen und hinterhältigen Geheimbund endgültig jeder Freiheit und Selbstverwaltung berauben.



**Quellen/Links:** Broschüre: „Demokratie – das freimaurerische Programm des Kommunismus“ von Hans-Jürgen Böhm (D)

---

## Fachstudium

Werte Interessenten,

das **Fachstudium** zum Bevollmächtigten, Reichsanwalt, Deutschen Rechtskonsulent, staatlichen Beamten, Richter oder einfach eines Wissenden obliegt der 1ten staatlich anerkannten Universität für sozialpädagogische Identitätskompetenz Deutschland.

Mit dem Fachstudium, erhalten Sie das Zertifikat eines Bevollmächtigten, hohen Beamten, Reichsanwalt, Deutschen Rechtskonsulent.

Nehmen Sie sich die Zeit die Präsentation der Uni genau zu studieren. <http://uni-spik.de> Kosten, Bedingungen und Termine finden Sie unter <http://uni-spik.de/studium/leistung/>

***Das Arbeitsbuch inklusive Lehrfilme wird zugesandt, sobald die Anzahlung von 180,- Euro auf unserem Konto verbucht wurde. Für die Beteiligung am Fachstudium (individuell festgesetzter Studienort) entfallen weiter 180 Euro Dozentenentgelt, die vor dem Beginn zu entrichten sind. Das Fachstudium enthält Block 3 und Praxisseminar und dauert in der Regel 18 Stunden.***

Bitte überweisen Sie den betreffenden Betrag auf das Konto, das wir Ihnen auf Antrag persönlich mitteilen.

Mit den besten Grüßen  
Das Sekretariat der Uni-SPIK Deutschland

---

## Aufmerksamkeit

### **Sabine Kastner: „Unsere Vorstellung von Aufmerksamkeit ist eine große Illusion“**

Sie glauben, Sie schauen konzentriert auf Ihren Bildschirm? Tun Sie nicht: Ihr Gehirn schweift dauernd ab. Neurowissenschaftlerin Sabine Kastner erklärt das Phänomen.

Interview: [Lisa Hegemann](#)

16. Oktober 2018, 7:24 Uhr [124 Kommentare](#)

Unsere Aufmerksamkeit ist nicht so beständig, wie wir manchmal glauben. © Mathieu Stern/unsplash.com

*Während Sie diesen Text lesen, liebe Leserin, lieber Leser, glauben Sie mutmaßlich, dass Sie das hochkonzentriert tun. Tatsächlich wechselt Ihr Gehirn mehrmals pro Sekunde den Fokus – ohne dass Sie es merken. Alle 125 bis 250 Millisekunden schwankt unsere Aufmerksamkeit von hochfokussiert zu unfokussiert und wieder zurück. Das haben nun Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der Princeton University herausgefunden ([Neuron: Fieberkorn et. al., 2018](#); [Neuron: Helfrich et. al., 2018](#)). Zu den Autorinnen der Studie zählt auch Sabine Kastner, Professorin für Neurowissenschaften und Psychologie am Neuroscience-Institut in Princeton. ZEIT ONLINE hat mit ihr über den Sinn dieses Fokuswechsels gesprochen.*

**ZEIT ONLINE:** Frau Kastner, Sie haben gemeinsam mit Ihren Kolleginnen und Kollegen herausgefunden, dass unsere Aufmerksamkeit deutlich unbeständiger ist, als wir denken. Was haben Sie genau erforscht?

**Sabine Kastner:** Wir wollten wissen, was im Gehirn passiert, wenn wir einem äußeren Reiz Aufmerksamkeit zuwenden und das Gehirn diesen Reiz verarbeitet. In unserem Experiment haben wir die Aufmerksamkeit unserer Versuchspersonen an einem bestimmten Ort auf einem Computerbildschirm gebunden, und dort haben sie nach unbestimmter Zeit einen schwachen Lichtreiz entdecken müssen.

**ZEIT ONLINE:** Was haben Sie herausgefunden dabei?

Sabine Kastner ist Professorin für Neurowissenschaften und Psychologie an der Princeton University. © privat

**Kastner:** Dass wir Menschen alle paar Hundert Millisekunden unseren Fokus wechseln. Nach etwa 500 Millisekunden sind wir auf einem Aufmerksamkeitshöhepunkt, können uns sehr gut auf den äußeren Reiz fokussieren. In unserem Experiment haben die Versuchspersonen den schwachen Lichtreiz in diesem Zeitraum gut entdecken können. Und schon 130 Millisekunden später sank die Aufmerksamkeit bei ihnen um zehn Prozent, sie konnten den Lichtreiz nicht mehr so einfach finden. Das war völlig überraschend.

**ZEIT ONLINE:** Warum?

**Kastner:** Wir Menschen glauben ja, dass wir unsere Aufmerksamkeit bewusst auf einen Punkt richten, dass das sozusagen ein Willensakt ist. Wenn ich im Büro sitze, dann kann ich entscheiden, ob ich auf den Computerbildschirm vor mir oder auf mein Smartphone gucke. Was wir in dieser Studie aber sehen, ist das genaue Gegenteil: Unserer Aufmerksamkeit liegen automatische Prozesse zugrunde. Natürlich richten wir erst einmal die Aufmerksamkeit irgendwohin. Doch was dann abläuft, liegt jenseits unserer Wahrnehmung. Es passiert unbewusst.

**ZEIT ONLINE:** Aus subjektiver Sicht erscheint es unvorstellbar, dass sich unsere Aufmerksamkeit so schnell ändert – wir merken davon im Alltag ja nichts.

**Kastner:** Das macht die Entdeckung auch so unerwartet. Schon Hermann von Helmholtz hat die Frage aufgeworfen, ob unsere Wahrnehmung kontinuierlich oder diskontinuierlich ist. Bisher sind wir immer davon ausgegangen, dass sich Aufmerksamkeit über die Zeit statisch

verhält, dass sie also über einen längeren Zeitraum ähnlich bleibt. Lesen Sie ein spannendes Buch, so konzentrieren Sie sich manchmal über Stunden hinweg. Sie schweifen dann sicherlich auch mal ab, aber trotzdem haben Sie den Eindruck, dass Sie sich lange fokussieren. Unser Team hat erstmals belegen können, dass diese subjektive Vorstellung davon, wie wir Aufmerksamkeit wahrnehmen, eine große Illusion ist.

### **„Warum sollte dieser Fokuswechsel die optimale Strategie sein?“**

**ZEIT ONLINE:** Sie haben die Aufmerksamkeit nicht nur beim Menschen getestet, sondern auch beim Altweltaffen. Warum?

**Kastner:** Für uns stellte sich die Frage, ob unsere Versuchsergebnisse eine neue Entwicklung beim Menschen darstellen oder nicht. Tatsächlich zeigen sich dieselben Aufmerksamkeitsrhythmen auch beim Altweltaffen. Von dem Moment an war klar: Das ist ein alter Mechanismus, der uns Menschen evolutionär erhalten geblieben ist.

**ZEIT ONLINE:** Ist das überraschend?

**Kastner:** Ja, absolut. Als wir die Beobachtung beim Menschen machten, sagte ich zu meinen Mitarbeitern noch: „Ich glaube nicht, dass wir das auch bei Affen sehen werden.“ Ich nahm an, dass es sich um eine neuere evolutionäre Entwicklung handelt. Das stellte sich als falsch heraus. Diese Mechanismen sind Millionen von Jahren alt, und diese fundamentalen Prozesse haben wir über Jahrzehnte hinweg in der Aufmerksamkeitsforschung übersehen. Das stellt eine Provokation dar, selbst für Hirnforscher.

**ZEIT ONLINE:** Wieso das?

**Kastner:** Weil die sich natürlich auch fragen: Warum sollte dieser ständige Fokuswechsel eine optimale Strategie sein?

**ZEIT ONLINE:** Was ist Ihre Vermutung? Dass es uns ebenso wie Affen einen evolutionären Vorteil gebracht hat?

**Kastner:** Ja. Wenn unsere Aufmerksamkeit auf dem Höhepunkt ist, lenkt uns unsere Umgebung nicht so leicht ab. Wir können dann sehr gut sensorische Informationen wie Gerüche oder Geräusche wahrnehmen. Unsere motorischen Kanäle, mit denen wir unsere Augenbewegungen oder unsere Beinmuskulatur steuern, sind zu diesem Zeitpunkt

unterdrückt. Weil die Intervalle zwischen Fokuswechseln so kurz sind, können wir das aber schnell ändern. In früheren Zeiten dürfte dies extrem wichtig gewesen sein: Wenn jemand eine Frucht im Baum pflücken wollte, musste er zum selben Zeitpunkt auch die Umgebung beobachten können, um zum Beispiel ein bedrohliches Tier frühzeitig zu erkennen. Durch das schnelle Rein- und Rauszoomen war das sehr wahrscheinlich möglich.

**ZEIT ONLINE:** Was passiert, wenn diese Flexibilität nicht vorhanden ist?

**Kastner:** Warum das von Nachteil ist, kann man anhand der Aufmerksamkeitsdefizitstörung beantworten. Kinder mit der Diagnose ADHS lassen sich grob in zwei Gruppen einteilen: Die einen können sich nicht lange konzentrieren, die anderen hingegen sehr gut. Die erste Gruppe lässt sich sehr leicht ablenken, kann sich dadurch immer schnell einer neuen Situation etwa im Schulunterricht anpassen, aber nicht auf Inhalte über längere Zeit konzentrieren. Die anderen Kinder können sich lange auf eine Aufgabe konzentrieren, aber sobald eine neue kommt, können sie ihren Fokus nicht so leicht ändern. In beiden Fällen fehlen möglicherweise die rhythmischen Oszillationen, Flexibilität ist nicht vorhanden. Im Alltag entstehen dadurch Probleme.

**„Hängt der Aufmerksamkeitsrhythmus von der Tagesform ab?“**

**ZEIT ONLINE:** Schon seit Jahren heißt es, dass unsere Aufmerksamkeit durch den Gebrauch von technischen Geräten wie etwa des Smartphones abnimmt. Wenn sich aber die Prozesse, die im Hintergrund laufen, über so viele Jahre evolutionär entwickelt haben: Ist das dann nicht unwahrscheinlich?

**Kastner:** Ich wäre persönlich sehr überrascht, sollten sich diese sehr alten Mechanismen durch die Digitalisierung unserer Welt so schnell verändern. Das ist etwas, das man jetzt erforschen müsste. Man könnte zum Beispiel testen, wie junge Erwachsene Computerspiele spielen oder wie oft sie auf ihr Smartphone gucken – und ob sich dadurch ihre Konzentrationsleistung über einen längeren Zeitraum verschlechtert. Wäre dem so, hätten wir das erste Mal einen Grund, skeptisch gegenüber der Digitalisierung zu sein.

**ZEIT ONLINE:** Was bedeutet Ihre Erkenntnis für den Alltag? Können wir unsere Aufmerksamkeit möglicherweise optimieren, indem wir Fokusphasen ausdehnen?

**Kastner:** Das sind zwei von vielen Fragen, die wir erst noch beantworten müssen. Wir haben

ja in den Untersuchungen einen Rhythmus im Bereich von vier bis acht Hertz (*Anm. d. Red.: die Wiederholung eines Signals pro Sekunde*) gemessen. Aber ob unser Fokus bei vier oder acht Hertz wechselt, macht einen großen Unterschied – das sind entweder 250- oder 125-Millisekundenzyklen. Gibt es also eine individuelle Spanne? Oder hängt diese Spanne von der Tagesform ab? Ist der Rhythmus morgens langsamer, bevor ich Kaffee getrunken habe? Ist er schneller, wenn ich schlecht geschlafen habe? Welchen Einfluss hat Musik? Manche Menschen können ja besser mit Musik im Hintergrund arbeiten. Ist das vielleicht so, weil die Musik in diesen Vier- bis Fünf-Hertz-Rhythmus hineinpasst? Das wissen wir noch nicht, aber das sind alles Fragen, die man weiterverfolgen kann.

**ZEIT ONLINE:** Wie zum Beispiel?

**Kastner:** Nehmen wir mal das Thema Zeiterwartung. In unserer Untersuchung wussten die Menschen nicht, wann der Lichtreiz ausgespielt würde. Wir Primaten sind aber unheimlich gut darin, zeitliche Vorhersagen zu treffen. Sprich: Wenn der Lichtreiz immer nach einer Minute käme, könnten Sie auch ohne Blick auf die Uhr nach fünf, sechs Durchgängen genau vorhersagen, wann er erscheint. Interessant für unsere Forschung wäre, ob durch diese zeitliche Erwartungshaltung auch die Rhythmen optimiert würden – ob Sie durch die Erwartung, dass da gleich ein Lichtreiz kommt, in den Hyperfokus wechseln würden.

Sie können heute längere Zeit konzentriert am Bildschirm arbeiten, obwohl im Hintergrund der rhythmische Automatismus abläuft.

Sabine Kastner

**ZEIT ONLINE:** Es gibt einen Unterschied zwischen den Aufmerksamkeitsrhythmen, die Sie erforscht haben, und der Aufmerksamkeitsspanne, die klassischerweise die Konzentration über einen längeren Zeitraum beschreibt. Könnte es auch einen Einfluss auf unsere Aufmerksamkeitsspanne haben, wenn sich die Rhythmen verändern?

**Kastner:** Das glaube ich nicht. Denn die Aufmerksamkeitsspanne funktioniert wieder anders. Sie können heute ja auch längere Zeit konzentriert am Bildschirm arbeiten, obwohl im Hintergrund der rhythmische Automatismus abläuft. Trotzdem kann es sein, dass sich die Aufmerksamkeitsspanne durch eine Optimierung der Rhythmen verbessern ließe.

gefunden heute am 18.10.2018 unter:

<https://www.zeit.de/digital/internet/2018-10/sabine-kastner-psychologie-aufmerksamkeit-konzentration-smartphone-gehirn/komplettansicht>

**Ergänzend zu dieser Erkenntnis sei gesagt, daß viel zu viele die unsere bisherige Aufbauarbeit für eine bestimmte Zeit begleitet haben, es nicht verstanden haben, was Aufmerksamkeit bedeutet und wie die Fokussierung funktioniert.**

**Wer denkt, daß es ausreicht einmal in der Woche für die Heimat zu handeln; Wer denkt, daß er im Deutschen Reich angekommen ist, obwohl er sich zu 99 % mit dem Leben im System beschäftigt; Wer denkt daß die BRD unser Problem ist; - der hat die Wirkung der Aufmerksamkeit nicht verstanden.**

**Wer glaubt, daß der Mangel an Selbstwert und Selbst-Bewußtsein durch die Zuhilfenahme von Systemhilfskräften, Systemhilfsmitteln, Schweigen und Abwarten oder durch einen Erlöser verbessert wird, der wird bleiben wie er bisher war.**

Zusatzkommentar Erhard Lorenz, zum 18.10.2018

---

## [Deutsche Druckerei](#)

# Deutsche-Druckerei und das Personenstandsregister

Die Eintragung der natürlichen "Deutsch"en ins [Personenstandsregister](#) regelt das [Personenstandsgesetz](#) in Verbindung mit der Einbürgerung der natürlichen "Deutsch"en und auch der ausländischen Mitmenschen das [Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz \(RuStAG\)](#). Gemäß "*Bunneverfassungsgericht*"-Urteil vom 31.07.1973\* hat das Deutsche Reich (*davon ausgeschlossen ist die Weimarer Republik, der Führerstaat, das Großdeutsche Reich und die BRD vor 1990 das vereinte Deutschland nach 1990*) den Zusammenbruch überlebt und hat

nach wie vor Rechtsgültigkeit und ist ab 2008 Teil-Handlungsfähigkeit.

Unser Ziel ist ein modernes souveränes Deutschland im Einklang mit den Völkern der Erde. Diesbezüglich sind die Grenzen, wie diese zum 31. Juli 1914 bestanden, der unveräußerliche und nichtverhandelbare Gebietsstand, als ewiger Bund im Rechtskreis Deutschlands als Nationalstaat mit seinen Bundesstaaten im Deutschen Reich.

Sie interessieren sich für die staatlichen Reichsdokumente, dann lesen Sie bitte auch die jeweiligen Vorschriften zu den Dokumenten:

| <b>Zu den Seiten unserer staatliche Dokumente</b>   | <b>Anträge in pdf</b>  |
|---|------------------------|
| <a href="#">Reichs-Personenausweis</a>  | <a href="#">RPA</a>    |
| <a href="#">Reichsangehörigkeitsurkunde</a>   | <a href="#">RuStaU</a> |
| <a href="#">Reichs-Fahrerlaubnis</a>  | <a href="#">RFE</a>    |
| <a href="#">Reichs-Reisepaß</a>   | <a href="#">RRP</a>    |
| <a href="#">Entlassungsurkunde</a>  | <a href="#">EntUrk</a> |
| <a href="#">Staatsangehörigkeitsausweis</a>   | <a href="#">RuStaA</a> |
| <a href="#">Reichsgewerbeantrag</a>   | <a href="#">RGA</a>    |
| <a href="#">Anfrage an die Reichsdruckerei</a>  |                        |
| <a href="#">Die Deutsche Reichsdruckerei bietet nun einen Bestellshop an</a>  |                        |
| Reichsrechtliche Beglaubigungen von Dokumenten  |                        |
| <a href="#">Personenstandsurkunde</a> ( <a href="#">Reichs- und Staatsangehörige können diese, ab sofort hier bestellen</a> ) | <a href="#">PSU</a>    |
| <a href="#">Führungszeugnis</a>   | <a href="#">FÜZs</a>   |
| <a href="#">Geburtsurkunde</a>  | <a href="#">GebU</a>   |
| <a href="#">Heiratsurkunde</a>  | <a href="#">EheU</a>   |
| Sterbeurkunde   | <a href="#">SterbU</a> |

## **Vorbereitung für den Erwerb staatlicher Dokumente, inklusive der Eintragung ins**



# Personenstandsregister Deutschlands.

Die Kosten und Antragsformulare können Sie über unseren Shop

<https://www.deutsche-reichsdruckerei.de/Dienst/shop/> ermitteln. Das "BRD-Ade-Paket" beinhaltet alle aktuellen Anträge, wichtige Rechtsmittel und Antworten zur Legitimation.

Weitere Seiten bei denen Sie das "BRD-Ade-Paket" bestellen können sind:

<https://www.vb1873.de/webshop/>,

<https://www.deutscher-reichsanzeiger.de/rgbl/shop/> und

<https://www.uni-spik.de/studium/shop/>

---

Zusätzlich zu den ausgefüllten und unterzeichneten Antragsformularen (siehe oben die einzeln aufgelisteten Dokumente) halten Sie bitte nachfolgende Dokumente und Bilder bereit.

## Die nachfolgende Liste gilt nur für Deutsche

- **Kopie Ihrer Geburts- oder Abstammungsurkunde**
  - **ein Lichtbild**
  - **Kopie vom BRD-Perso / BRD-Reisepass**
  - **Kopie vom BRD-"Führerschein" oder auch internationale Führerscheine**
- 

## Die nachfolgende Auflistung gilt für Nichtdeutsche, Fremdländer oder Ausländer.

Zusätzlich zu den ausgefüllten und unterzeichneten Antragsformularen halten Sie bitte nachfolgende Dokumente und Bilder bereit.

- **Einbürgerungsgenehmigung bzw. Naturalisation durch BRD-Unternehmen**
- **Polizeiliches Führungszeugnis der BRD-Unternehmen**
- **Ausgefüllter und unterzeichneter Antrag für das betreffende Dokument**
- **Ihre Geburts- bzw. Abstammungsurkunde**
- **ein Lichtbild (gute Qualität als Foto, digital hohe Auflösung)**
- **Kopie vom BRD-Perso / int. Ausweis / BRD-Reisepass**
- **Kopie vom BRD-"Führerschein" oder auch internationale Führerscheine**

\*(Urteile 2 BvL.6/56, 2BvF 1/73, 2 BvR 373/83; BVGE 2,226 (277); 3, 288 (319ff; 5.85 (126); 6, 309, 336 und 363)

Bei Nachfragen zu den beantragten Dokumenten wenden Sie sich bitte zu normalen Tageszeiten an unsere jeweiligen Volks-Büros, an die Druckerei oder an die Zentrale.

**[Näheres erfahren Sie durch die Deutsche Reichsdruckerei](#)**

|                |                            |
|----------------|----------------------------|
| Telefon:       | +49(0)30/120 878 35        |
| Fernkopierer:  | +49(0)2131/7399654         |
| Mobil:         | +49(0)151/54 81 86 13      |
| eMail-Adresse: | kontakt@reichsdruckerei.de |

Telefon: **030 / 120 878 35**

Postfachanschrift:

**Sdl. Lorenz**

**JDR-Druckerei**

**Postfach 390124**

**14091 Berlin**

---

## Zur Heimat der Deutschen

29-September-2018

Die Heimat der Deutschen ist Deutschland wie es vor dem 01.08.1914 bestand, inklusive dem Beitritt Deutschösterreich, zum 12. November 1918.

[mehr hierzu »](#)

Verantwortlich für diesen Text zeichnet sich das [Reichsamt des Innern](#)